

Gründungspapier zum örtlichen Komitee Darmstadt
des Rechtshilfefonds für Ausländer e.V.
(Sitz: 53 Bonn, Königstr. 88)

Die rechtliche Situation der ausländischen Arbeiter und Studenten in der BRD hat sich in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert. Dazu haben u.a. beigetragen:

- die seit 1.6. wirksame weitere Verschärfung des Asylrechts
- die Änderung der allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Ausländergesetz vom Juni 1977, die den Ermessen-spielraum des 1965 neu geschaffenen Ausländergesetzes weiter erhöht hat und heute als Grundlage für eine undurchschaubare und willkürliche Ausweisungs- und Abschiebep Praxis dient.
- der § 19 des Arbeitsförderungsgesetzes, der die Arbeiter je nach ihrer Zugehörigkeit zu EG-Ländern, Assoziierungsländern oder Ländern ohne Vertrag spaltet und zu einer reaktionären und rassistischen Beschäftigungspolitik führt.
- die Bespitzelung und politische Disziplinierung der ausländischen Studenten durch die deutschen Hochschulbehörden,
- die Zusammenarbeit deutscher Behörden mit Geheimdiensten, besonders aus Ländern mit faschistischen Regimen.

Das bedeutet für die Ausländer eine zunehmende Rechtsunsicherheit und Ausgeliefertsein an eine undurchsichtige Bürokratie. Gleichzeitig ist es den meisten Betroffenen gar nicht möglich, die wenigen ihnen verbliebenen Rechte überhaupt in Anspruch zu nehmen, da sie weder über einschlägige Informationen noch über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen.

Angesichts dieser Situation wird es notwendig, dieser Rechtlosigkeit und der reaktionären Ausländerpolitik durch gemeinsames Handeln aller Betroffenen und aller, die sich mit dem Kampf gegen diese Ausländerpolitik solidarisieren, zu begegnen.

Die in vielen Städten der BRD gegründeten Ausländer-Rechtshilfefonds können ein Weg sein, diese Situation zu verändern. Das örtliche Komitee Darmstadt ist eine Untergliederung des bundeszentralen " Rechtshilfefonds für Ausländer e.V." (mit Sitz in Bonn), der sich u.a. zum Ziel gesetzt hat" Ausländer, die aus rassistischen, religiösen, politischen oder sozialen Gründen verfolgt werden oder aus diesen Gründen in Schwierigkeiten geraten sind, durch juristische Beratung und materielle Hilfe zu unterstützen".

Der Darmstädter Rechtshilfefonds unterstützt alle Bestrebungen, die der Bekämpfung des repressiven Ausländergesetzes und der reaktionären Ausländerpolitik dienen. Er setzt sich für die Abschaffung dieses Gesetzes ein. Diese Zielsetzung versucht er vor allem durch folgende Arbeitsschwerpunkte zu erreichen:

- Öffentlichkeitsarbeit durch Dokumentation und Information über neueste Entwicklungen in der Ausländergesetzgebung und Ausländerpolitik.
- Finanzierung von Musterprozessen, die für die allgemeine Rechtslage der Ausländer von Bedeutung sind.
- Zusammenarbeit mit allen Organisationen, Gruppen und Personen in Darmstadt, die sich für die Rechte der Ausländer einsetzen und Koordination dieser Arbeit.
- Bewußtseinsbildung unter den Ausländern, um ihnen die Möglichkeiten der Rechtshilfe und Rechtsberatung einsichtig zu machen.
- Durchführung von juristischen Schulungen für alle Gruppen und Personen, die mit der Ausländerarbeit befaßt sind, bzw. die selber Betroffene sind.